



Tagung der »Berliner Konferenz katholischer Christen Europas«

10. Februar 1977

Information Nr. 85/77 über die Tagung des »Internationalen Fortsetzungsausschusses« der »Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten« in der Hauptstadt der DDR, Berlin

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 2644, Bl. 1–8 (7. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Honecker, Barth (weiter an Bellmann) – MfS: Mittig, HA XX/4, Abt. X, Schorm (ZAIG), Ablage.

Datum

Unter der Datumszeile zusätzlich handschriftlich: »10.2.77« (Datum der Vorlage an Mielke durch die ZAIG).

Am 25. und 26. Januar 1977 tagte in der Hauptstadt Berlin (Klub der Kulturschaffenden) ¹ turnusmäßig der »Internationale Fortsetzungsausschuss« (IFA) der »Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten« (BK).²

Von den 35 gewählten IFA-Mitgliedern aus der Sowjetunion, der DDR, ČSSR, VR Polen, VR Ungarn, VR Rumänien und 17 westeuropäischen Ländern waren 29 anwesend.

Zielsetzung der Tagung waren Diskussionen und Beschlussfassung über das politische Programm der BK für das Jahr 1977, abgestimmt und ausgerichtet auf den Moskauer Weltkongress religiöser Friedenskräfte³ als Höhepunkt des politischen Engagements der in der BK tätigen Katholiken aus Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsstrukturen. (Dazu sollen 1977 eine Vielzahl von Veranstaltungen unter dem Generalthema »Abrüstung – Solidarität – für eine Welt ohne Krise und Kriege« organisiert und durchgeführt werden.)

Des Weiteren wurden die politische Tätigkeit der BK im Jahre 1976 analysiert und eine eventuelle künftige Kooperation mit anderen europäischen Friedensgremien erörtert.

Bereits vor Beginn der Tagung zeichnete sich internen Hinweisen zufolge ab, dass einige oppositionelle Kräfte aus der BRD, Belgien, Frankreich, Niederlande und Italien beabsichtigen, die Diskussionen zu nutzen, um die politische Zielstellung der BK abzuschwächen und zu verändern.

Im Verlauf der Tagung entwickelten auch die Italiener *Zapulli* und *Giovannoni* sowie die Belgier *Thill* und *Bostoën* unterschwellige bis offene negative Diskussionen zum Problem Menschenrechte, zum Moskauer Weltkongress, zur Internationalisierung der Leitung der BK und zur politischen Zielstellung der BK für 1977, die durch Vertreter aus der VR Polen und der ČSSR in verschiedenen Positionen unterstützt wurden. Im Ergebnis aller Debatten wurde erreicht, dass sich der IFA für ein Engagement zur Abrüstung, Solidarität und zum Frieden festlegte, jedoch wurde aufgrund der Manipulationen der obengenannten Kräfte eine politische Modifizierung des Engagements teilweise abgelehnt und diese Ablehnung mit moralischen, ethischen und religiösen Gründen erklärt. Mit der Annahme des Aktionsprogramms wurde die dabei geplante Zielstellung erreicht.

Der Charakter der Auseinandersetzungen zeigte eine Vielschichtigkeit der politisch-ideologischen Probleme und z. T. opportunistische Tendenzen in der individuellen Haltung der Teilnehmer aus kapitalistischen Ländern. Ziel dieser Diskussionen war eine politische Neutralisierung der BK, ein Abrücken von der erklärten pro-sozialistischen Haltung der BK und die Prägung eines antikirchlichen Charakters. Provokationen und offene Angriffe gegen die sozialistischen Länder wurden dabei nicht vorgetragen.

In diesem Zusammenhang sind folgende Einzelheiten bemerkenswert:

Die Menschenrechtsproblematik wurde von dem Italiener *Giovannoni* zuerst angesprochen. Er forderte, dass sich eine Zusammenarbeit mit anderen Friedensorganisationen inhaltlich auf die Durchsetzung der Menschenrechte in Ost und West orientieren müsste. Dazu müsse man auch zur Menschenrechtsproblematik in den sozialistischen Ländern Stellung nehmen.

Nachdem von *Grenet*, Frankreich, diese These unterstützt wurde, erklärte *Thill*, Belgien: »Dort, wo Menschenrechte durchgesetzt werden, geschieht das durch Forderungen der Masse, die eine Macht sein kann, egal ob im Imperialismus oder Kommunismus.«

Zapulli, Italien: »Wir wollen keine Gesellschaftsordnung verteidigen, sondern uns aussprechen, was wir als BK zur Durchsetzung der Menschenrechte aktiv unternehmen können.«

Mara, ČSSR: Zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche habe die Regierung der ČSSR Verhandlungen mit Rom aufgenommen. Ziel sei, ein ähnliches Verhältnis wie in der DDR zu schaffen. Die Glaubensfreiheit in der ČSSR bestehe einzig im Recht der ritualen Tätigkeit. In der ČSSR würde es nicht so viele Schwierigkeiten geben, wenn man diese Probleme früher und menschlicher geklärt hätte.

In der zurückliegenden Zeit hatte *Zapulli*, unterstützt von Franzosen, Belgiern und Holländern, innerhalb des IFA die Meinung manipuliert, die BK bestehe aus »politisch orientierten Linkskatholiken«, die mit einem Weltkongress religiöser Repräsentanten keine Gemeinsamkeiten hätten. Als Prof. *Butkus*, UdSSR, dem IFA offiziell im Namen des Sekretärs des Vorbereitungskomitees mitteilte, dass die BK zwei ordentliche Delegierte zum Weltkongress entsenden kann, entwickelte *Zapulli* Diskussionen, die letztlich dazu führten, dass sich der IFA gegen Aktivitäten zum Weltkongress aussprach. Es kam zum Ausdruck, dass zwei Delegierte für eine Organisation wie die BK eine »Beleidigung und Herabwürdigung« ihrer politischen Wirksamkeit in Europa sei. Wenn unter diesen Umständen eine Teilnahme erfolge, dann höchstens als Beobachter.

Im Ergebnis der weiteren Diskussionen wurde dann aber die offizielle Teilnahme in Moskau beschlossen.

Einige theologische und politische Formulierungen in der Präambel des Entwurfes zum Aktionsprogramm nahm der polnische Sejm 4- Abgeordnete *Jankowski* zum Anlass für die Feststellung, dass die Präambel »zu religiös und zu lang« sei. (Sein Beitrag bestand aus einer vorgefertigten Disposition.) Diese Feststellung nutzten eine Reihe westlicher Vertreter zur Entfaltung einer weltanschaulichen Auseinandersetzung. Im Ergebnis mehrerer Abstimmungen wurden in der Präambel des Aktionsprogramms Umformulierungen und Streichungen vorgenommen. Dadurch ist die Präambel politisch neutralisiert. Gestrichen werden mussten z. B. die positiven Orientierungen auf den Moskauer Weltkongress, die Fortsetzungskonferenz der KSZE in Belgrad,⁵ die UNO-Friedensarbeit, die soziale Krise im Kapitalismus und die päpstliche Friedensbotschaft.

Die polnischen Vertreter *Jankowski*, *Sniechowski* und *Majdecki* stimmten gegen die vom Veranstalter vorgeschlagenen Formulierungen. *Zapulli* war auch der Wortführer einer zum Teil offenen und unterschwelligigen Diskussion mit der Forderung nach einer »Demokratisierung und Pluralisierung« der direkten Leitung der BK. Dabei wurden solche Forderungen vorgetragen wie größere Internationalisierung der Leitung durch mehr Vertreter aus kapitalistischen Ländern, keine vorgefertigten Beschlussvorlagen, die BK müsse antikerikalen Charakter haben, freie Wahl der Diskussionsthemen, die nicht durch eine Tagesordnung eingeengt werden.

Intern wurde bekannt, dass *Zapulli* in Gesprächen mit dem stellvertretenden CDU-Vorsitzenden *Heyl* vorgab, mit seiner Meinung die der Mehrheit des IFA und der gesamten BK zum Ausdruck zu bringen. Ihm sei auch bekannt, dass Vertreter mehrerer sozialistischer Länder seine Meinung teilten und beabsichtigten, diese in Form von »Memoranden« bei ihren »zuständigen Stellen« kundzutun. Demzufolge gäbe es für die BK zwei Alternativen:

- Die BK ist Mittel für die Verbreitung von Prinzipien der sowjetischen Außenpolitik. Dann müsse das offen erklärt und ein entsprechender Kaderstamm in kapitalistischen Ländern geschaffen werden. Mit der derzeitigen Zusammensetzung ginge das nicht.
- Die BK wird auf den Status zum Zeitpunkt ihrer Gründung zurückgeführt, d. h. zu einem »freien Forum« europäischer Katholiken. Dann mit »ein anderer Kurs« eingeschlagen, die Leitung internationalisiert, die politische Linie modifiziert und ein »freies Mitentscheidungsrecht« der Westeuropäer garantiert werden.

Die vier eingeladenen Vertreter aus der BRD blieben trotz vorheriger Zusage kurzfristig unter Berufung auf gesundheitliche Gründe und unvorhergesehene berufliche Verpflichtungen der IFA-Sitzung fern. Intern ist bekannt, dass dem Verwaltungsdirektor der Universität Tübingen/BRD, *Kralewski*, in einem anonymen Schreiben Repressalien angedroht wurden, falls er an der IFA-Tagung in der DDR teilnimmt. Das schwedische IFA-Mitglied – die in der Vergangenheit progressiv und aktiv aufgetretene Dominikanerinnen *Stensdotter* – war wenige Tage vor Reiseantritt »unauffindbar« verschwunden. (Der Vorsitzende der BK, *Fuchs*, ist im Besitz eines Fahndungsplakates der schwedischen Polizei.) Innerhalb der IFA kursierten Gerüchte, dass ihr Verschwinden mit der Reisetätigkeit in die DDR im Zusammenhang stehen würde. Über die Aktivitäten der DDR-Vertreter im IFA wurde dem MfS bekannt: Neben dem Vorsitzenden *Fuchs* ist die DDR durch den Abteilungsleiter im CDU-Hauptvorstand *Niggemeyer* und den Redakteur der Zeitschrift »begegnung«,⁶ *Guske*, vertreten.

Fuchs allein konnte sich nicht behaupten. Das Auftreten von *Niggemeyer* entsprach nicht der Bedeutung der Tagung. Mehrmals fehlte er in kritischen Situationen wegen beruflicher Verpflichtungen. *Guske* war erkrankt. Versuche für die kurzfristige Delegation eines qualifizierten Vertreters scheiterten aus nicht näher bekannten Gründen an der Haltung des dafür zuständigen politischen Mitarbeiters beim Nationalrat der Nationalen Front, *Grewe*, Mitglied der CDU.

In den Abendstunden des 26.1.1977 wurde eine Delegation des IFA zu einem ca. vierstündigen Gespräch vom Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche, *Filaret*, empfangen. *Filaret* erklärte in Bezug auf den Moskauer Weltkongress, dass dort sowohl Vertreter von Kirchen als auch andere religiöse Kräfte vertreten sein werden und befürwortete die ihm informativ dargelegten Vorstellungen der BK zur Teilnahme. Als Abschlussveranstaltung wurde im Salon Leipzig des Interhotels »Stadt Berlin« am 27.1.1977 zwischen 10.00 und 12.00 Uhr ein Pressegespräch durchgeführt. Daran nahmen zwölf Journalisten von Publikationsorganen in der DDR, ein polnischer Journalist und ein Vertreter der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) aus Westberlin (Martin Höllen) teil.

Die BK war vertreten durch *Fuchs*/DDR, *Vorkony*/VR Ungarn, *Zapulli*/Italien, *Gives*/Irland, *Majdecki*/VR Polen, *Grenet*/Frankreich und *Mara*/ČSSR. Im Verlauf dieses Pressegespräches orientierte der BK-Vorsitzende *Fuchs* auf das starke Interesse der BK und ihren Willen zum Engagement für Moskau. Darüber hinaus berichtete *Majdecki* über die Zusammenarbeit der drei polnischen katholischen Gruppen mit der BK, die er als gut und nützlich herausstellte.

Nachdem durch die DDR-Journalisten eine Reihe von Sachfragen zur politischen Tätigkeit, Zielstellung und zu geplanten Friedensaktionen gestellt wurden, ergriff *Zapulli* das Wort. Er stellte heraus, dass auf der 27. IFA-Tagung umfangreiche Kontroversen über unterschiedliche Auffassungen zu den Problemen Fortsetzungskonferenz der KSZE in Belgrad,⁷ Entspannung, Abrüstung und Menschenrechte geführt wurden. Er schätzte es als äußerst positiv ein, dass man in der BK »ungehindert« über derartige Probleme reden könne und die Möglichkeit bestehe, seine Meinung offen darzulegen und nicht durch vorgegebene Richtungen eingeengt sei.

Höllén (KNA) interessierte sich dafür, ob bei dem Empfang beim Patriarchen *Filaret* oder in einem anderen Zusammenhang Informationen über eine mögliche Teilnahme von Rom und Pax Christi-International⁸ in Moskau gegeben werden können. Darüber hinaus wollte *Höllén* wissen, welche Bischöfe an der 6. Plenartagung der BK teilnehmen werden und ob die Päpstliche Kommission »Justitia et Pax«⁹ einen Vertreter entsenden wird. *Höllén* wurde auf die Zugehörigkeit einiger Bischöfe aus der VR Ungarn, der ČSSR sowie die Haltung des französischen Bischofs von Orleans, *Riobé*, zu Problemen der BK bzw. über die Mitarbeit bei BK-Veranstaltungen hingewiesen.

Provokatorische Fragen bzw. feindliche Haltungen zur Politik der DDR und der sozialistischen Länder wurden im Verlauf dieses Pressegesprächs nicht bekannt. Es gab ebenfalls keine Reaktionen auf die gegenwärtigen Probleme in der ČSSR.¹⁰ In einem internen Gespräch äußerte sich *Höllén* dahingehend, dass bei KNA keine Anhaltspunkte über eine unmittelbare Beteiligung kirchlicher Kreise an diesen Auseinandersetzungen vorhanden seien.

Die Information ist nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

1

Der »Klub der Kulturschaffenden« war eine Einrichtung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands für Tagungen und Veranstaltungen in der Otto-Nuschke-Str. (heute Jägerstr.).

2

Die »Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten« (BK) wurde 1964 auf Initiative katholischer Funktionäre der CDU der DDR ins Leben gerufen. Die BK verstand sich als »Forum katholischer Friedenskräfte aus ganz Europa zur Beratung und Aktivierung des Friedensdienstes auf der Grundlage der Lehre der Kirche«. Neben etwa alle zwei Jahre stattfindenden Plenarversammlungen trat mehrmals im Jahr der »Internationale Fortsetzungsausschuss« der BK in Ostberlin zusammen.

3

Der »Weltkongress der religiösen Friedenskräfte für dauerhaften Frieden, Abrüstung und gerechte Beziehungen« (auch »Weltforum« oder »Weltkonferenz«) fand vom 6. bis 10.6.1977 in Moskau statt. Vgl. Raguse, Werner: Friedenskongresse. In: Deutschland Archiv 10(1977)8, S. 861–865; Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Die Vision vom »Dritten Weg«. Berlin 1995, S. 192–199.

4

Der Sejm ist das polnische Parlament.

5

Die erste Fortsetzungskonferenz zur KSZE fand vom 4.10.1977 bis 9.3.1979 in Belgrad statt.

6

Die Zeitschrift »begegnung. Zeitschrift progressiver Katholiken« (bis 1967: »Zeitschrift für Katholiken in Kirche und Gesellschaft«) war eine katholische Monatsschrift in der DDR, die von 1961 bis 1990 erschien. Die Zeitschrift wurde vom Nationalrat der Nationalen Front politisch angeleitet und finanziert. Vgl. Bulisch, Jens: Evangelische Presse in der DDR. Die »Zeichen der Zeit« (1947–1990). Göttingen 2006, S. 188 f.

7

Die erste Fortsetzungskonferenz zur KSZE fand vom 4.10.1977 bis 9.3.1979 in Belgrad statt.

8

Pax Christi ist die internationale katholische Organisation der Friedensbewegung, die 1944 in katholischen Kreisen der Résistance entstand und sich seit 1945 zu einer breiten Bewegung entwickelte. Pax Christi setzt sich u. a. für Gewaltfreiheit und Abrüstung, den Schutz der Menschenrechte sowie für weltweite Gerechtigkeit und Völkerverständigung ein.

9

Die »Päpstliche Kommission Iustitia et Pax« wurde im Januar 1967 von Papst Paul VI. auf Anregung des Zweiten Vatikanischen Konzils als Gremium zur Förderung von Frieden und Gerechtigkeit in der Welt gegründet. Im Dezember 1976 erhielt die Kommission den Status eines festen Amtes innerhalb der römischen Kurie.

10

Hier wird vermutlich auf die Veröffentlichung der »Charta 77« durch tschechoslowakische Oppositionelle im Januar 1977 angespielt.